



BIS Solidarität Information Bildung

ÖGB-Präsident

Erich Foglar marschierte solidarisch am 1. Mai mit den LehrerInnen mit

FSG erteilte Öffentlichkeit Nachhilfe punkto Jahresnorm

Aufgrund der wieder einmal losgetretenen Diskussion über die Arbeitszeit von LehrerInnen nutzte das FSG-Team Wien den heurigen Maiaufmarsch, um klare Botschaften im Sinne der KollegInnen zu platzieren.

Die Augen des Bundeskanzlers und des Bürgermeisters bekamen daher „LehrerInnen sind mehr als ein Kostenfaktor. Sie schaffen täglich Zukunft.“ und „Unsere Arbeitszeit: 1776 Stunden im Jahr. Nicht 22 Stunden in der Woche.“ zu lesen.

Während der Platzsprecher vor dem Rathaus die Kritik der kämpferischen Gewerkschaftsfraktion negierte, griff sie ÖGB-Präsident Erich Foglar in seiner Rede auf und stellte klar:

„Zwei Stunden mehr Unterrichtszeit ist nicht die Bildungsreform, die wir brauchen. Wer bei Lehrern spart, spart bei Zukunftschancen der Kinder. Das ist nicht sozialdemokratisch!“ Die Reaktion von vielen KollegInnen: „Die Gewerkschaft muss jede Bühne nützen, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten, egal gegen wen die Kritik gerichtet ist.“



ÖGB Präsident Erich Foglar:
„Wer bei Lehrern spart, spart bei den Zukunftschancen der Kinder.“



Sichern wir die Zukunft unserer Jugend!

Sagen wir NEIN zum Sparen in der Bildung!





2 Stunden... schon wieder!

Die letzten Wochen waren geprägt von der Diskussion um die LehrerInnen-Arbeitszeit.

Wieder einmal steht eine Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich im Raum. Den negativen Höhepunkt setzte der Wiener Bürgermeister mit seinem Dienstagmittag-Sager.

Viele KollegInnen waren und sind zu Recht empört.

Dass der Zentralverein der Wiener LehrerInnen daraufhin seine Teilnahme an den

Maikundgebungen erstmalig in seiner Geschichte absagte, war ein richtiges und starkes Zeichen. Viele Medien berichteten darüber.

Es ist aber nicht die Art von SozialdemokratInnen daheim zu sitzen und die Hände untätig in den Schoß zu legen. Daher nahmen viele LehrerInnen bei anderen Organisationen (Bezirk, FSG ...) an den Maikundgebungen teil.

Nicht um Bürgermeister und Kanzler zuzujubeln, sondern

um ihnen unsere Botschaft unter die Nase zu reiben: Wir PflichtschullehrerInnen arbeiten 1776 Stunden im Jahr. Diese Arbeitszeit ist im Gesetz festgeschrieben.

Wer sie erhöht, gefährdet die Arbeitsplätze von vielen JunglehrerInnen. Wer sie negiert, betreibt billigen Populismus auf Kosten einer ganzen Berufsgruppe.

Wir PflichtschullehrerInnen leisten eine wichtige und hervorragende Arbeit. Die lassen wir uns von nie-

mande kleinreden. Wir können selbstbewusst auftreten.

Aber: Bei all der Problematik wollen wir doch auf die Wahl der Mittel und Worte achten.

Wenn etwa der konservative Vorsitzende der AHS-LehrerInnen androht, bei einer Erhöhung der Arbeitszeit eine „offene Feldschlacht“ ziehen zu wollen, ist das unseren Anliegen nicht dienlich.

Inhalt

FSG erteilte Öffentlichkeit Nachhilfe punkto Jahresnorm	1
Horst E. Pintarich: 2 Stunden... schon wieder!	2
Erfreulich - Unerfreulich	2
Thomas Bulant: Eine Bildungsreform ist mehr als eine 2-Stunden-Diskussion!	3
E. Foglar: Budgetlöcher nicht zulasten einzelner Berufsgruppen stopfen!	3
Karin Medits-Steiner: Neues aus dem ZA	4
Horst-E. Pintarich: Bildungsstandards - Standardüberprüfung	5
Elisabeth Tuma: Die Pädagoginnenbildung NEU	6
B. Hawelka: Entfall der Bewilligungspflicht für CT und MRT	6
Daniela Eysn: Aus dem Tagebuch einer Junglehrerin	7
Karl Masek: Leitergebetchen (mit einem Hauch von Ringelnetz)	8
B. Hawelka: Änderung von Namen u. Adresse für Gewerkschaftsmitglieder	8
Rudolf Beer: Bildung für nachhaltige Entwicklung - hier und jetzt	9
Hannes Gruber: Bundesbesoldungsreform 2015	10
Markus Hauptmann: Hallo, liebe Kinderinnen und Kinder!	11
Andrea Masek: Ein neuer Lebensabschnitt	12

IMPRESSUM:

Herausgeber: MMag. Dr. Thomas Bulant
 APS-FSG / Allgemeinbildende Pflichtschulen - Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
 ZVR-Nr.: 629774554/158750011 DVR-Nr.: 0805670
 Redaktion: Horst-E. Pintarich
 Grafisches Konzept und Layout: Walter Kienast
 Adresse: 1010 Wien, Schenkenstr. 4/5. Stock
 Tel.: 01-53 454/567, Fax: 01-53 454/455
 e-mail: office@apsfsg.at, Internet: www.apsfsg.at
 Hersteller: PG-DVS Druckerei Gerin, Gerinstraße 1-3, 2120 Wolkersdorf; gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier (G-Print), empfohlen von GREENPEACE.

Erfreulich

Selten hat ein Politiker so klare Worte zur Verteidigung der LehrerInnen gesprochen wie Erich Foglar, der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, bei seiner Rede zum 1.Mai:

- **Zwei Stunden mehr Unterrichtszeit ist nicht die Bildungsreform, die wir brauchen.**
- **Wer bei LehrerInnen spart, spart bei Zukunftschancen der Kinder!**

Auch viele verantwortungsbewusste JournalistInnen haben mittlerweile erkannt, dass die leidige 2-Stunden-Diskussion nicht der Verbesserung unseres Bildungssystems dient, sondern lediglich ein weiterer Schritt zum Kaputtsparen ist.

Unerfreulich

Statt ständig nur mehr Geld zu fordern, solle die Ministerin einfach ihre Arbeit machen, richtet der Generalsekretär der konservativen Regierungspartei der Unterrichtsministerin aus.

Dabei übersieht der Mann, dass die Ministerin um ihre Arbeit gut machen zu können, Geld benötigt. Geld, das der konservative Finanzminister bereit zu stellen hat. Geld, das für die Zukunft unserer Kinder dringend benötigt wird.

Wenn dem konservativen Generalsekretär die Ausbildung unserer Kinder nichts wert ist, soll er dies direkt aussprechen und nicht andere anpatzen.



Ich bin Lehrer von Beruf

Gedanken von M. Mag. Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG in der PflchtshullehrerInnengewerkschaft

Eine Bildungsreform ist weit mehr als eine 2-Stunden-Diskussion

Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek hat vor kurzem in einem Interview gesagt: „Es ist heute schwieriger zu revoltieren. Das ist ein Geniestreich des Kapitalismus.“

In der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter/-innen, eingebettet in die gesamte Gewerkschaftsbewegung, sind wir jedoch davon überzeugt, gegen die neoliberalen Tendenzen in allen österreichischen Parteien, Reformen stets mit Kürzungen zu verbinden, aufbegehren zu müssen. Wer eine Reform nur dann als effizient anerkennt, wenn sie einem Budgetleitpfad dient, hat sich die Option von längerfristigen Perspektiven verbaut.

Im Zusammenhang mit der wieder aufkeimenden, im Boulevards teilweise geschmacklos geführten Diskussion über die Arbeitszeit von Lehrer/-innen habe ich deshalb heuer anlässlich des 1. Mais einen offenen Brief an den Bundeskanzler verfasst:

Brief an den Bundeskanzler:

Am Anfang der Sozialdemokratie standen Visionen: „Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen, dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehen, dass unsere Kinder in den Schulen lernen und unsere Alten nicht mehr betteln gehen.“ Neben der sozialen Gerechtigkeit stellten Sozialdemokraten die Fragen der Bildung stets ins Zentrum ihrer Politik. Lehrerinnen und Lehrer sind dabei natürliche Verbündete, wenn es darum geht, mittels pädagogischer Maßnahmen zu einer gerechteren Gesellschaft beizutragen. Sie sind die Brückenbauer in die Zukunft.

Wie können Sie es daher zulassen, dass über den Boulevards die Arbeitsleistung von Lehrerinnen und Lehrern in Frage gestellt wird anstatt sich selbst ein Bild über die Herausforderungen, die Arbeitsbedingungen und das Engagement in den Schulen zu machen? Wie können Sie es zulassen, dass Lehrerinnen und Lehrer von der Regierung dieser Republik

Es ist kurzsichtig, Lehrer/-innen wieder einmal eine Mitfinanzierung des Budgets abpressen zu wollen und ihre Motivation über den klassischen Unterricht hinaus aufs Spiel zu setzen. Unser Schulsystem lebt vom Engagement seiner Pädagogen. Jede Dienstrechtsdiskussion müsste von nachfolgendem Grundsatz angeleitet sein: Lehrer/-innen sind mehr als ein Kostenfaktor. Sie schaffen tägliche Zukunft.

Auch bei den im Schuldienst tätigen Menschen hat die Bereitschaft zu revoltieren abgenommen. Doch wir werden im bevorstehenden Herbst aus den bequemen Stuben des Neobiedermeiertums heraustreten müssen, um einer unkorrekten Themenvermischung entgegenwirken zu können. Die Politik wird eine Lehrverpflichtungserhöhung mit der Diskussion um mehr Autonomie an den Schu-

nicht jene Unterstützung und Motivation erhalten, die sich die Jugend dieses Landes verdient hat? Wie können Sie es zulassen, dass die immer wiederkehrende Diskussion um eine Erhöhung der Unterrichtszeit junge Menschen im Lehrberuf in Gefahr bringt ihren Arbeitsplatz zu verlieren?

Wenn wir die Vision einer gerechteren Welt miteinander teilen, dann muss die Diskreditierung jener, die unserer jungen Generation die Wege in die Zukunft bereiten sollen, ein Ende haben! Daher appelliere ich am Feiertag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes an Sie, schließen Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern ein Bündnis zugunsten der jungen Generation! Auf dem Rücken der Schule lässt sich kein Budget sanieren, mit den Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam können Sie jedoch Zukunft gestalten.

len vermengen und als pädagogische Reform der Öffentlichkeit verkaufen.

Die FSG wird mit folgenden Standpunkten in den Autonomie- und Lehrverpflichtungsfragen dagegenhalten:

1. In autonomen Schulen erhalten Leiter/-innen und die Schulpartner organisatorische und pädagogische Handlungsfreiheiten.
2. Diese Handlungsspielräume werden aufgrund einer gesetzlich durch Indikatoren fixierten und transparenten Ressourcenzuteilung von einer Bundeseinrichtung direkt an die Schule ermöglicht.
3. Eine Verwaltungsreform muss ein Anforderungsprofil für Schulleiter/-innen ergeben, wonach die Pädagogik infolge einer Auslagerung der bürokratischen Administration wieder im Zentrum steht.

4. 22 Stunden Unterrichtsverpflichtung sind aufgrund der heterogenen Herausforderungen des Schulalltages genug!

5. Die Ressource „Peers gleichaltriger Schüler/-innen“ ist in gemeinsamen Schulformen zu nützen und der Unterrichtsalltag durch eine verschränkte Organisation mit Freizeitelementen effizienter zu gestalten!

Gemeinsam mit dem ÖGB werden wir Reformen andeuten, die diesen Namen auch verdienen, denn nur eine Verschiebung des Absolutismus vom Minoritenplatz in die Landeshauptstädte erzeugt noch keine autonomen Schulen und zwei Stunden mehr Unterricht pro Lehrkraft sind keine Bildungsreform, sondern eine zu bekämpfende Gegenfinanzierung der Steuerreform, wie ÖGB-Präsident Erich Foglar in letzter Zeit immer wieder betont hat.

Also Ärmel hochkrepeln und gemeinsam ans Werk!

Budgetlöcher nicht zulasten einzelner Berufsgruppen stopfen!

Presseaussendung Erich Foglars am 15.04.2015

Beschäftigte werden sich die Lohnsteuersenkung nicht selbst zahlen

Mit Unverständnis reagiert ÖGB-Präsident Erich Foglar auf die vagen Andeutungen der Regierung, bei den Beamten einsparen zu wollen: „Ich bin - gelinde gesagt - mehr als verwundert über die medial kolportierten Vorhaben, bei den öffentlich Bediensteten einzusparen.“ Er betont außerdem, dass es inakzeptabel wäre, Budgetlöcher „auf Kosten einzelner Berufsgruppen“ stopfen zu wollen.

Nur Sparen ist noch keine Reform

„Wir haben von Anfang an klar gesagt, dass die ArbeitnehmerInnen sich die Lohnsteuer-

senkung nicht selber zahlen sollen - das gilt selbstverständlich auch für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Bereich“, so Foglar.

Einseitigen Sparmaßnahmen auf Kosten einzelner Berufsgruppen erteilt er eine klare Absage. „Unter einer echten Verwaltungsreform stelle ich mir etwas anderes vor, als sich das fehlende Geld einfach bei bestimmten Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu holen“, hält der ÖGB-Präsident fest.



Bitte blättern Sie um...

Erich Foglar: **Budgetlöcher nicht zulasten einzelner Berufsgruppen stopfen!**

Versachlichung erwünscht


Der Gewerkschaftsbund verwehre sich außerdem gegen eine pauschale Verurteilung der öffentlich Bediensteten und gegen eine unsachlich geführte Diskussion, die negative Emotionen schüre. „Wir haben vollstes Verständnis für alle Betroffenen, die sich gegen diese gezielte Kampagne zur Wehr setzen wollen, und die Kolleginnen und Kollegen können mit unserer Solidarität rechnen. Ich gehe außerdem davon aus, dass dienst- und besoldungsrechtliche Vorhaben im Rahmen der Budgeterstellung in sozialpartnerschaftlicher Gepflogenheit mit den zuständigen Gewerkschaften verhandelt und nicht über die Medien ausgerichtet werden“, erklärt Foglar abschließend.

Foglar will für Bildungsressort mehr Geld

Wien (APA) - ÖGB-Chef Erich Foglar fordert für das Bildungsressort mehr finanzielle Mittel. Man solle die Budgetierung einfach überdenken, sagte der Gewerkschafts-Präsident am Mittwoch im Ö1-„Mittagsjournal“ zu den Spar-Vorschlägen bei der Lehrerschaft. Im Bildungsbereich Personal einzusparen wäre „katastrophal“.


Der ÖGB-Chef sagte, man müsse in der Verwaltung sparen - „aber so geht das nicht“. Die neuerlich aufgekommene Diskussion um die Idee, die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer um zwei Stunden auszudehnen, lehnte er erneut ab: „Gerade für den Bildungsbereich wäre es katastrophal, wenn man dort Personal wegspart.“

Gefragt, wo denn die Bildungsministerin einsparen sollte, wenn nicht beim Personal, meinte Foglar: „Erstens einmal sollte man die Budgetierung ganz einfach überdenken.“ Offensichtlich gebe es das Problem, „dass man in den vergangenen Jahren in der Budgetierung nicht alles erfasst hat, was man erfassen hätte müssen“, so der Präsident. Das Ressort sollte „selbstverständlich“ ein höheres Budget bekommen. „Denn Bildung ist der Schlüsselbereich im Land für vieles - für Chancengleichheit der Menschen, für die Wirtschaft, für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft.“



"SOLIDARITÄT... DAS entscheidende Wort in der Gewerkschaftsbewegung! Nur gemeinsam sind wir stark!"

Karin Medits-Steiner
Vorsitzende Stv. des Zentralausschusses der Wiener Landeslehrer/innen



Neues aus dem ZA

Für Sie Gefordert und erreicht!

Die in zahlreichen Gesprächen aufgestellten Forderungen der Personalvertretung, des Zentralausschusses zeigen Erfolg!

In vielen Besprechungen und Sitzungen wurde von Seiten der Personalvertretung und des Zentralausschusses immer wieder auf die Komplexität des Programms WiSiOn hingewiesen.

Erfreulicherweise wurden die Supportmaßnahmen mit Ende März erheblich ausgeweitet.

- Erhöhung des Supports in den Bezirken

- Einrichtung einer Hotline für schulartenspezifische Unterstützung
- Angebot zu überregionalen Workshops in der Berufsschule 7, Apollgasse 1.
- Laufende Verbesserungen für eine bedienerfreundlichere Anwendung

Für Sie Gefordert und erreicht!

Im heurigen Schuljahr ist für die Schulleiterinnen und Schulleiter und die Zeugnisbeauftragten die Erstein-gabe aller erforderlichen Daten für die Erstellung der Zeugnisse eine sehr zeitintensive und herausfordernde Tätigkeit.

Auch der SSRfW sieht dieses Engagement weit über das erforderliche Maß hinausgehend und genehmigt den Schulleiterinnen und Schulleitern und je Standort einem Zeugnisbeauftragten im Zeitraum Mai 2015 bis Jänner 2016 einen Tag ihrer Wahl frei nehmen zu können.

Für Sie Gefordert und erreicht!

Mit Wirksamkeit vom 1. März 2015 wurde der Betrag, den die MA56 für Frühaufsicht bzw. Mittagsaufsicht bezahlt, auf € 10,73 erhöht!

Zur Verrechnung wurde ein neues Formular mitgeschickt.

Für Sie Gefordert und erreicht!

Praxislehrerinnen und Praxislehrer der Pädagogischen Hochschule Wien bzw. der Kirchlich Pädagogischen Hochschule, die im Sommersemester 2015 zum Einsatz kommen, erhalten zumindest für dieses Semester wieder 16 Besprechungsstunden bezahlt!

FSG-ZV - um **DIALOG** bemüht!



Bildungsstandards- Standardüberprüfung

Sie haben die Überschrift geschafft? Gratuliere! Ich fürchte, so manchem Kind in der 4.Klasse ist es bei den Testungen nicht so gut gegangen.

Da kam am Freitag ein Klassenbuch-Verantwortlicher (natürlich begleitet von zwei Klassenbuch-Verantwortlicher-BegleiterInnen) in die Kanzlei und fragte mich mit einem Lächeln auf den Lippen: „Herr Direktor, weißt du was Zetteln ist?“

Der mit seinem Kopf in die WISION vertiefte Leiter, meinte, der Schüler benötige ein Blatt Papier und reichte ein solches. „Nein, nein! Zetteln ist, wenn man im Park schläft. Nur so, ohne Zimmer.“

Aja, es ging also ums Zelten. Und weshalb wird man von einem Zehnjährigen danach gefragt? Bei der Bildungsstandards-Überprüfung sollte der Bursche einen Appell zum Zelten verfassen. Er war mit der Frage an die Testleitung, was das sei, nicht alleine.

Die allerwenigsten Kinder in unserem Grätzl haben Camping-Erfahrung und können daher auch nicht sinnvolle Argumente für ein Zeltwochenende vorbringen. Dies hat zumindest eine nach dem Gespräch mit

dem Schüler unmittelbar durchgeführte, nicht wissenschaftlich begleitete, mündliche Umfrage ergeben.

Aber heißt es nicht immer, wir sollen im Unterricht die Lebenswelt der Kinder berücksichtigen? Also keine Kohlelieferung- und Weidezaunlängenberechnungen mehr.

Bei den Bildungsstandard-Überprüfungen wird halt auf die individuellen Erfahrungen der Kinder keine Rücksicht genommen. Vermutlich hat ir-

gendwer in Erfahrung gebracht, dass man im Querschnitt davon ausgehen kann, dass der durchschnittliche Schüler mit über 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit Zelterfahrung besitzt.

Pech für die Kinder in unserem Grätzl. Um wissenschaftliches Bildungsmonitoring zu betreiben, muss halt eine Gruppe von Kindern deprimiert werden.

Mit dem Klassenbuch-Verantwortlichen und den beiden Klassenbuch-Verantwortlicher-BegleiterInnen hat sich aber

dann noch ein tolles Gespräch ergeben.

Der Leiter vernachlässigte nämlich die WISION und ließ die drei Kinder an einigen seiner aus den Tiefen des Gedächtnisses hervorgerufenen Erinnerungen vom Zelten teilhaben. Die drei kamen zwar zu spät zur Klasse zurück, aber den Appell könnten sie jetzt schreiben. Und was bei den Bildungsstandard-überprüfungen rauskommt, ist für das Leben nicht so wichtig.

Bildungsstandards- Aufgaben aus dem Alltag

- Armin Wolf moderiert fünf Tage pro Woche, jede zweite Woche die ZiB2. Die Sendung dauert inkl. Signation und Beiträgen von Korrespondenten 30 Minuten. Berechne die Wochenarbeitszeit von Herrn Wolf.
- David Alaba spielt, wenn er nicht verletzt ist, jedes Wochenende ein Fußballmatch, welches 90 Minuten dauert. Etwa alle zwei Wochen kommt am Mittwoch ein Cupspiel oder Champions-League-Duell von 90 Minuten dazu. Berechne die Wochenarbeitszeit von Herrn Alaba.
- Ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete zum österreichischen Parlament hatte im Jahr 2014 48 Plenarsitzungen zu bestreiten. Berechne die Wochenarbeitszeit eines Parlamentarierers oder einer Parlamentarierin unter der (unwahrscheinlichen) Annahme, dass er/sie an allen Sitzungen teilnahm und eine solche 10 Stunden dauert.
- An einem Amtsgebäude werden die Arbeitsstunden angegeben: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils von 8.30 Uhr bis 15 Uhr. Berechne die Wochenarbeitszeit eines Angestellten/einer Angestellten in diesem Amt.
- Erläutere, weshalb ausgerechnet bei LehrerInnen nur die sichtbare Arbeit als solche gewertet wird, nicht aber jener Aufwand, der vor und nach den Unterrichtsstunden passiert.

Dienst- und Besoldungsrecht Alt versus Dienst- und Besoldungsrecht Neu:

Über 250 Lehrerinnen und Lehrer nahmen am 10.3. in den Räumlichkeiten des ZV in der Rauhensteingasse teil.





Elisabeth Tuma, Vorsitzende des DA 17, Personalvertretung 17.IB (Sonderschulen und Integration)

Die PädagogInnenbildung NEU

startet im Herbst 2015 mit den Bachelor- und Masterstudien:

- 1) Primarstufe
- 2) Primarstufe mit Schwerpunkt Inklusive Pädagogik

Ab Herbst 2015 startet in Österreich die PädagogInnenbildung NEU an den Pädagogischen Hochschulen mit dem Bachelor- und Masterstudium für die Primarstufe sowie für die Primarstufe mit dem Schwerpunkt Inklusive Pädagogik.

Das Bachelor- und Masterstudium Sekundarstufe wird ein Jahr später, im Oktober 2016 starten; auch hier wird eine Schwerpunktsetzung und Spezialisierung zur Inklusiven Pädagogik zur Wahl stehen.

Die zukünftigen Berufs- und Lehramtsbezeichnungen orientieren sich an den Altersbereichsstufen der SchülerInnen (Primarstufe, Sekundarstufe) - somit gehören die Bezeichnungen Sonderschul-, Volksschul-, MittelschullehrerIn der Vergangenheit an.

Die Bachelor- und Masterstudien mit dem Schwerpunkt In-

Bachelor- und Masterstudium	
Lehramt für die Primarstufe	Lehramt für die Primarstufe Schwerpunkt Inklusive Pädagogik
Berufsfeld: • Primarstufenpädagogik (Volksschule)	Berufsfeld (je nach Studienvariante): • Primarstufenpädagogik (Volksschule) • Sonderpädagogik/Inklusion/Integration Primarstufe • Sonderpädagogik/Inklusion/Integration Sekundarstufe1 • Vertiefende Spezialisierung 1: Förderschwerpunkt Kognition • Vertiefende Spezialisierung 2: Sprachheilpädagogik
Bachelorstudium: 8 Semester (240 ECTS)	Bachelorstudium: 8 Semester (240 ECTS)
Zu wählende Schwerpunkte: • Kreativität • Science and Sports • Sprachliche Bildung (im Bachelorstudium) • Vertiefung in Primarstufenpädagogik (im Masterstudium)	Zu wählende Schwerpunkte: • Inklusive Pädagogik (im Bachelorstudium) • Förderschwerpunkt Kognition oder • Sprachheilpädagogik (im Masterstudium)
Pädagogisch-Praktische Studien (40 ECTS): durchgehend ab dem 1. Semester	Pädagogisch-Praktische Studien (40 ECTS): durchgehend ab dem 1. Semester
Masterstudium: 2 Semester (60 ECTS)	Masterstudium: 3 Semester (90 ECTS)

klusive Pädagogik ersetzen das bisherige Lehramt für Sonderschulen.

Das nun startende Bachelor- und Masterstudium Primarstufe mit dem Schwerpunkt Inklusive Pädagogik berechtigt zum Einsatz im sonderpädagogischen Bereich (Sonderschule oder integrativer Bereich) in der Primarstufe oder nach Absolvieren des Masterstudiums, das 3 Semester dauert- auch auf der Sekundarstufe 1 oder - entsprechend der Vertiefung im Schwerpunkt- als SpezialistIn.

Die Studien beginnen im 1. Semester mit einer Studieneingangsphase, die der Orientierung und Reflexion im Studien- und Berufsfeld dienen wird.

Die Curricula werden demnächst auf der Website der Pädagogischen Hochschule Wien einsehbar sein.

Die Curricula werden demnächst auf der Website der Pädagogischen Hochschule Wien einsehbar sein.



Auf einen Blick

Brigitta Hawelka



BVA: Neu!!! Entfall der Bewilligungspflicht für CT- und MRT- Untersuchungen

Die BVA hat beschlossen, die Bewilligungspflicht für CT- und MRT- Untersuchungen ab 1.4.2015 aufzuheben.

- 1) gilt für Zuweisungen durch Vertrags(fach)ärzte / Vertrags(fach)ärztinnen
- 2) gilt für Fachabteilungen einer Krankenanstalt an ein Vertragsambulatorium
- 3) gilt nicht für Zuweisungen durch Wahl(fach)ärzte / Wahl(fach)ärztinnen, - weiterhin Bewilligungspflicht!

Aus dem Tagebuch einer Junglehrerin ...

fiktive Situationen aus dem Schulalltag:

Liebes Tagebuch,

Marina, ein Mädli meiner vierten Klasse, hat einer Schulkollegin erzählt, dass ihre Eltern zur Direktorin gehen werden, da sie möchten, dass sie das Schuljahr freiwillig wiederholt.

Der Grund hierfür ist, dass Marina nicht die AHS-Reife

Daniela Eysn



bekommen hat, da sie in einigen Pflichtgegenständen mit Befriedigend und in Mathematik mit Genügend zu beurteilen ist. Marinas Eltern wollen anscheinend unbedingt erreichen, dass sie in eine AHS aufgenommen werden kann.

Ich bin gespannt, ob das so einfach durchgeht... Marina ist eine normalentwickelte Viertklässlerin, war kaum krank dieses Schuljahr und es gab keine besonderen familiären Vorkommnisse.... ihre Leistungen sind so wie sie sind...

Kann das eine Direktorin alleine entscheiden? Leider hatte ich heute keine Zeit, das mit ihr zu besprechen, aber morgen in der Früh vor dem Unterricht muss ich unbedingt sofort zu ihr gehen...

Wie sieht die rechtliche Situation aus?

Schulunterrichtsgesetz (SchUG) - § 27 - Wiederholen von Schulstufen

(2) Auf Ansuchen des Schülers hat die Klassenkonferenz¹ die Wiederholung einer Schulstufe durch einen Schüler, der zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt ist (§ 25), zu bewilligen, wenn die Aufholung eines Leistungsrückstandes, der aus entwicklungs- oder milieubedingten oder aus gesundheitlichen Gründen eingetreten ist, ermöglicht werden soll und die Einordnung des Schülers in die neue Klassengemeinschaft zu erwarten ist und Abs. 3 nicht entgegensteht.

Eine Wiederholung der letzten Stufe einer Schulart im Sinne dieses Absatzes - ausgenommen der 4. Stufe der Volksschule sowie der letzten Stufe einer Sonderschule - ist unzulässig.

Eine freiwillige Wiederholung ist während des gesamten Bildungsganges nur ein Mal zulässig; hiervon ist der Schüler nachweislich in Kenntnis zu setzen. Er ist berechtigt, trotz einer Bewilligung zur freiwilligen Wiederholung in die nächsthöhere Schulstufe aufzusteigen.

Dem Schüler ist über die wiederholte Schulstufe ein Jahreszeugnis (§ 22 Abs. 1) auszustellen. Sofern sich die Berechtigung zum Aufsteigen nach dem Jahreszeugnis richtet, ist das für den Schüler günstigere Jahreszeugnis zu Grunde zu legen.

(3) Wenn ein Schüler im Falle der Wiederholung der Schulstufe die nach § 32 zulässige Höchstdauer des Schulbesuches überschreiten würde oder wenn der Schulbesuch gemäß § 33 Abs. 2 lit. f zu beenden ist, darf er die betreffende Schulstufe nicht wiederholen.

¹ In Schulen mit KlassenlehrerInnensystem die Schulkonferenz.

Was bedeutet dies für die Lehrerin?

Da bei Marina keine Anhaltspunkte für entwicklungsbedingte (z.B. geringeres Einschulungsalter) oder milieubedingte (z.B. Scheidung der Eltern) bzw. gesundheitliche Gründe vorliegen, wird die Schulkonferenz das Ansuchen der Eltern

ablehnen müssen, weil dafür die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

Über eine Bewilligung bzw. Ablehnung entscheidet die gesamte Schulkonferenz - nicht die Direktorin alleine.

LEITERGEBETCHEN

ABENTEUER: LEITER/INNEN – ALLTAG



(Begleitet von einem Hauch Joachim Ringelnatz * in die Zielgerade)

Lieber Gott, ich sitze
Da in der Kanzlei. Ich schwitze
Und bete mit gutem Grund:
Halt mir die Lehrer/innen gesund.
Soll'n essen Knoblauch und Zwiebelchen.
(Nimm mir das nicht übelchen)

Lieber Gott, in großer Not,
fühlt' ich mich oft als Don Quijote.
(Und jetzt - zum Schluss -
Sogar als Sisyphus).
Die vielen Windmühlen,
Gegen die man kämpft, kühlen
Den Kopf mir nicht.
Ich denke da schlicht:
Schenk mir jetzt statt Windmühlen
Einen neuen Kopf, einen kühlen.

Lieber Gott, die Zielgerade
Ist einerseits jammerschade.
Andererseits: Eine kleine Rochade
In die Freiheit öffnet neu eine Lade.
Dass der Sprung über die Balustrade
In die Freiheit
Gelingen kann, bitte ich dich.
Soll niemand sich sorgen um mich.
Ich schließ euch gern ein ins Gebetchen:
Alle Leiter (ob Knaben, ob Mädchen).

Lieber Gott, einen guten Morgen
Wünsch ich dir – sollst haben
Keine Sorgen mit mir.
Im Monat September,
Bis hinein in den Dezember,
Remember ist angesagt.
Dass es euch wohl ergehe.
(Und WiSion ohne Wehe
Und Ärger endlich gelingt).
Mein Stoßgebet bringt
Euch Schwung und Elan.
(Sollt's auch nur sein momentan).

Lieber Gott, ohne Spott
Täte Not der Draht
Zum Stadtschulrat.
Ein Gebetchen
An die Knaben und Mädchen
Dort: Keinen Bankrott
In der Bildung provozieren.
Wär' sonst – hühott –
Zum Genieren.
Also: eine Glückssträhne
Und neue Zähne
Schenk' dem Großvater Stadtschulrat
Und der Großmutter Ministerium.
(Nimm mir's nicht krumm)

Lieber Gott, ich lese
Zeitung und werde böse,
Wenn viele Knaben und Mädchen
Dort öffnen die Vorurteilsblätchen
Für ihre Zeitungsseiten
Mit Breitseiten
Gegen die Lehrer.
Ein Stoßgebetchen soll –
Egal, ob in Dur oder Moll –
Bewirken, dass all die Kritiker
Und Analytiker - und Experten -
Lehrerarbeit neu bewerten.
Und nicht den Stammtisch
Bedienen und zynisch abwerten
Alles, was Lehrer/innen tun.
(Was wäre Schul' ohne Lehrer/innen: NUN?)

Lieber Gott, recht gute Nacht.
Hab schnell noch einen Reim gemacht,
Damit ich von dir träume.
Wie stell' ich mir die Schule vor?
Mit Freude, Spaß und Lehrerchor:
Und tausend Purzelbäume...

(*Ringelnatzens „Kindergebetchen“)

== LehrerInnen fragen ==

Brigitta Hawelka



Für Gewerkschaftsmitglieder: Änderung des Namens oder der Adresse

- 1) Meldung an die Evidenz der GÖD
Tel.: 01/534 54-132, -131 oder
- 2) E-Mail an: goed.evidenz@goed.at oder
- 3) Online Datenänderung
<http://goed.at/meine-mitgliedschaft/mitgliedsdaten-aendern>



LehrerInnen fragen



LehrerInnen fragen





Bildung für nachhaltige Entwicklung – hier und jetzt

Paradigmenwechsel

Die globalen Herausforderungen der heutigen Zeit verlangen neue Bewältigungsstrategien die es uns erlauben die ökologischen, humanitären, sozialen wie ökonomischen Fragen auf Basis kollektiver humanitärer Grundlage zu lösen und uns in eine bessere nachhaltige Zukunft zu führen.

„Wir müssen unser Denken und Handeln verändern und uns klar darüber werden, wie wir alle voneinander abhängen und wie wir mit den Ökosystemen umgehen, die unsere Lebensgrundlage sind. Um eine gerechtere, friedlichere und nachhaltigere Welt zu erschaffen, brauchen wir alle mehr Wissen, Kompetenzen und verbindende Werte, sowie ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit einer solchen Veränderung.“

An dieser Stelle spielt Bildung eine entscheidende Rolle. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist der Weg zu einer besseren Zukunft für alle – und dieser Weg beginnt hier und jetzt. (UNESCO 2014, S. 8)

Ziele

Bildung für nachhaltige Entwicklung verfolgt die Zielsetzung „zentrale Themen nachhaltiger Entwicklung zum Bestandteil des Lehrens und Lernens zu machen und erfordert innovative, partizipatorische

Lehr- und Lernmethoden, die die Lernenden dazu motivieren und befähigen, sich aktiv für nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

BNE fördert Fähigkeiten wie kritisches Denken, das Verständnis komplexer Systeme, die Fähigkeit, sich zukünftige Szenarios vorstellen zu können, sowie Entscheidungen in partizipatorischer und kooperativer Weise zu treffen“ (UNESCO 2014, S. 33).

Schule als Ort des Lernens, Entwickelns und des Lebens eröffnet den Kindern Lernräume in allen drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales – fachlich wie überfachlich.

Nachhaltiges Lernen

Solche Bildungsarbeit ist gekennzeichnet durch methodische Vielfalt und interdisziplinäre Zugänge, sie hat einen konkreten Bezug zum Lebensalltag der Kinder, sie fördert andere Sichtweisen, bahnt damit Perspektivenübernahme an und führt letztlich zu Verhaltensänderungen.

Diese Art des Lernens beteiligt die Lernenden partizipativ dialogisch und setzt gendersensitive Impulse (vgl. Österreichische UNESCO-Kommission o.J., o.S.).

Nachhaltiges Lernen befähigt die Akteure lebenslang

Lernprozesse aufrechtzuhalten, auf Veränderungen offensiv zu reagieren und ihre Bildung für die Transformation der Gesellschaft einzusetzen. „BNE befähigt Lernende, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine bestandsfähige Wirtschaft und einer gerechten Gesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln und dabei die kulturelle Vielfalt zu respektieren“ (UNESCO 2014, S. 12).

Nachhaltiges Lehren

Lehren im Sinne von nachhaltigem Entwickeln und Agieren wird nicht nur zum Inhalt des Transformationsprozesses zur Schülerin/zum Schüler hin, sondern verpflichtet sich gleichermaßen, Nachhaltigkeitsprinzipien in den schulischen Alltag zu integrieren.

Lehren im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung will schulentwicklerisch Werte und Strukturen der gesamten Institution verändern – Schule gestaltet sich nachhaltig als selbst entwickelte Organisation. Nachhaltiges Lehren beinhalten ebenso Methoden zur kontinuierlichen Qualitätssicherung und zukünftiger Qualitätsentwicklung.

Lehrkräfte verstehen sich in diesem Sinne als Change

Agents, als die „wichtigsten Multiplikatoren zur Förderung eines Bildungswandels sowie des Lernens im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“ (UNESCO 2014, S. 35).

Prinzip Bildung

Das Prinzip Bildung wird von einer große Gruppe von Akteuren getragen: politische Entscheidungsträger, zivilgesellschaftliche Organisationen und kommunale Interessensgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen (NROs), Vereine, Gewerkschaften und Stiftungen, Unternehmer, universitäre wie schulische und nichtschulische Bildungseinrichtungen, Eltern wie Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Journalismus, Organisationen, die benachteiligte und ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen vertreten, Einzelpersonen.

Denn: „BNE umfasst formale, non-formale und informelle Bildung sowie lebenslanges Lernen von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. Sie umfasst also auch Weiterbildung und eine öffentliche Bewusstseinsbildung im Rahmen der allgemeinen Anstrengungen um eine nachhaltige Entwicklung“ (UNESCO 2014, S. 33). Bildung für nachhaltige Entwicklung geht uns alle an.

Literatur:

Österreichische UNESCO-Kommission (o.J.): UN Dekade – Bildung für nachhaltige Entwicklung (Folder).

UNESCO (2014): UNESCO Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Bonn.



Bundesbesoldungsreform 2015

Der EuGH hat in einem Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichtshofes festgestellt, dass das Besoldungssystem des Bundes in Österreich mit einem altersabhängigen Vorrückungstichtag europarechtswidrig ist, und nicht diskriminierungsfrei ist.

Diskriminierungsfreier Zustand soll erreicht werden

Durch die Bundesbesoldungsreform 2015 wird der Vorrückungstichtag durch das Besoldungsdienstalter ersetzt. Aufgrund dieser Neuregelung soll ein diskriminierungsfreier Zustand hergestellt werden.

Das bedeutet, dass alle Bundesbediensteten (Landeslehrer) in ein neues Besoldungsrecht übergeleitet werden müssen, das weder eine Diskriminierung dem Alter nach, noch der Freizügigkeit nach beinhaltet. Ein erster Gesetzesentwurf wurde ohne sozialpartnerschaftlicher Einigung, dh. ohne Zustimmung der GÖD, und auch ohne Begutachtungsverfahren zur Beschlussfassung in das Parlament eingebracht.

Es darf zu keinen Verlusten in der Lebensverdienstsumme kommen

Die GÖD hat auf zahlreiche Mängel in diesem Gesetz hingewiesen. Durch die Überleitung der Bestandsbediensteten in das neue Besoldungssystem wären nicht unerhebliche Verluste in der Lebensverdienstsumme entstanden. Diese Verluste wurden auch dargestellt. Am 21.01.2015 wurde das Gesetz und auch ein Entschließungsantrag beschlossen. Mit dem Entschließungsantrag wurde sichergestellt, dass weitere Verhandlungen mit der GÖD geführt werden können. Das BGBl. Nr. 32/2015 ist am 12.02.2015 in Kraft getreten.

In einem Ministerratsvortrag wurden die Forderungen der GÖD – es darf zu keinen Verlusten in der Lebensverdienstsumme für die Kolleginnen und Kol-

legen kommen – bekräftigt. Kurz darauf wurden die Verhandlungen zwischen dem Dienstgeber und der GÖD wieder aufgenommen und nach weiteren 19, nicht einfachen Verhandlungsrunden, wurde von der GÖD dem Begutachtungsentwurf der Bundesbesoldungsreform 2015 zugestimmt, da mit diesem Verhandlungsergebnis die Forderungen der GÖD durchgesetzt wurden.

Die Kolleginnen und Kollegen werden durch die Bundesbesoldungsreform 2015 keine Verluste hinnehmen müssen, da eine weitere Wahrungszulage ab der Überleitungsstufe (nächste Vorrückung) bis zur so genannten Zielstufe (vorgezogene Vorrückung) vorgesehen ist.

Eckpunkte der Bundesbesoldungsreform 2015:

Die derzeitigen Bestimmungen über den Vorrückungstichtag werden zur Gänze aufgehoben. Stattdessen wird es nur mehr Anrechnungen von folgenden Zeiten vor dem Dienstverhältnis geben (für DV ab 12.02.2015):

- .) Zeiten in einem Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft (Bund, Land oder Gemeinde) bzw. bei internationalen Einrichtungen,
- .) Zeiten der Ausübung einer einschlägigen Berufstätigkeit oder eines einschlägigen Verwaltungspraktikums bis zum Ausmaß von maximal 10 Jahren,
- .) Zeiten des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes (6 Monate) bzw. Zivildienstes (9 Monate).

Sämtliche Ausbildungszeiten, die zur Verwendung in den einzelnen Verwendungsgruppen notwendig sind, sind bereits in die Systematik der neuen Gehaltsstaffeln eingearbeitet und kommen daher in Zukunft nicht mehr zur Anrechnung. Dadurch kann der Vorwurf der Altersdiskriminierung nicht mehr erhoben werden. Berufseinstei-

gerinnen und Berufseinsteiger beginnen in der Gehaltsstufe 1, zusätzliche Berufserfahrungen (siehe oben) sind anrechenbar.

Es war daher auch eine Neuberechnung der Gehaltsansätze erforderlich.

Es erfolgt eine Anhebung der Gehaltsstufe 1 und darauf aufbauend die weiteren Gehaltsstufen. Das Vorrückungssystem, wonach nach zwei Jahren an Erfahrungszeiten eine Vorrückung in die nächst höhere Gehalts- oder Entlohnungsstufe vorgesehen ist, bleibt aufrecht (Biennialvorrückung). Bei Beamtinnen und Beamten kommt nach der letzten Gehaltsstufe, nach weiteren zwei Jahren an Erfahrung, eine „kleine Dienstalterszulage“ und nach nochmals weiteren zwei Jahren eine „große Dienstalterszulage“ zur Anwendung.

Die Vorrückungstermine für Neueintretende sind individuell (nicht nur 1.1. oder 1.7 eines Jahres). Die Vorrückung erfolgt mit dem ersten Tag jenes Monats, der auf den Tag folgt, an dem die Bedienstete oder der Bedienstete weitere zwei Jahre ihres oder seines Besoldungsdienstalters vollendet hat (zB.: Eintritt am 01.03.2015, wenn keine Vordienstzeiten angerechnet werden, so erfolgt die Vorrückung am 01.04.2017 in die Gehaltsstufe 2, also nach 2 Jahren).

Automatische Überleitung:

Mit 12.02.2015 wurden alle „Bestandsbediensteten“ in das neue Besoldungssystem übergeleitet. Zum Zeitpunkt der Überleitung änderte sich betragsmäßig nichts. Auch der Termin der nächsten Vorrückung bleibt gleich. Sie erfolgt aber bereits im neuen Besoldungssystem, im neuen Gehaltsstaffel (frühestens mit 1.7.2015).

Die Überleitung erfolgte alleine auf Grundlage des Gehalts im Monat Februar 2015 in das neu geschaffene Besoldungs-

system (=Überleitungsbetrag), und zwar in die betraglich nächst niedrigere Gehaltsstufe in der jeweiligen Verwendungsgruppe (dieser Betrag muss im neuen Besoldungssystem gesucht werden). Die so eruierte Gehaltsstufe ist die „neue Gehaltsstufe“ im neuen Recht.

Da das neue Gehalt gegenüber dem Gehalt im alten Recht geringer ist, kommt bis zur nächsten (bekannteren) Vorrückung eine Wahrungszulage zum Tragen. Diese Wahrungszulage gleicht den Verlust gegenüber dem „alten Gehalt“ aus, ist ruhegenussfähig und wird auch dem Bezug hinzugerechnet, so dass es bei der Berechnung von Überstundenzuschlägen und der Sonderzahlungen zu keinen Nachteilen kommt.

Nach spätestens 2 Jahren (zum alten bekannten Vorrückungstermin) erfolgt die Vorrückung in die nächst höhere Gehaltsstufe, im neuen System (=Überleitungsstufe).

Zur Wahrung der bisherigen Erwerbsaussichten wird der Zeitpunkt der übernächsten Vorrückung einmalig vorgezogen (= Zielstufe).

Und zwar bei akademischen Verwendungen um 1,5 Jahre, in Verwendungen wo eine Reifeprüfung (Matura) als Anstellungs- oder Ernennungserfordernis erforderlich ist um ein halbes Jahr, in allen anderen Fällen um ein Jahr.

Ausgehend von der Zielstufe findet die Vorrückung ausschließlich aufgrund Ihrer wachsenden Erfahrung (alt: Zeitvorrückung, alle 2 Jahre zum Vorrückungstermin 1.7 bzw. 1.1.) in höhere Gehaltsstufen statt.

Ab 1. März 2015 greift auch die Gehaltserhöhung von 1,77%, wobei eine besondere Rundungsbestimmung zur Anwendung kommt. Alle Beträge werden nach der Erhöhung auf volle Euro aufgerundet.

Hallo liebe Kinderinnen und Kinder!

Heute möchte ich euch eine Geschichte erzählen über eine Bärenfamilie. Papabär, Mamabär und ihr Sohn, der sich nie entscheiden konnte, ob er denn nun die weiblichen Bärli's lieber haben sollte, oder die männlichen, sein Name war Bi-Bär.

Diese Bärenfamilie lebte in einem tiefen Wald. Und in diesem Wald wars ur fad. Und darum hat sich Bi-Bär, der im Vornamen Justin hieß, gedacht: „Ich muss raus aus dem Wald! Ich möchte Abenteuer erleben! Ich geh in die Stadt und werd Lehrer!“

Und das tat er dann auch. Jedoch erzählte ihm sein Papa, der immer schon ein Spielverder-Bär war, wahre Schauergeschichten ü-Bär die Bärenstadt Bär-lin.

„Mein Sohn,“ begann er, „nimm dich in acht vor den bösen Bären. Den kriminellen Bären.

Nimm dich in acht vor dem Bankräu-Bär.

Nimm dich in acht vor dem, der den Asylwer-Bär oder den Saudi-Ara-Bär in die Stadt einschleusen möchte- den Schieb-Bär.

Und nimm dich in acht vor dem brutalen Bären. Der, der mit dem Wagenhe-Bär den Geldeintrei-Bär erschlägt, so dass der Totengrä-Bär ganz viel Arbeit hat.“

Aber Justin Bi-Bär wollte nur noch aufbrechen. Und so landete er eines Tages, ich glaube, es war im Dezembär, in der Bärenstadt Bär-lin.

Dort traf er seine Tante Heidel-Bär. Er erzählte ihr von seinen Plänen, Lehrer zu werden.

Heidel-Bär fragte Justin Bi-Bär, ob er noch ganz bei Trost sei, bei diesem miesen Image, zumal ja selbst der Machthä-Bär der Stadt, quasi der O-Bär, der zugleich auch ein bekannter

Weinliebha-Bär war, letzstens noch gesagt hat:

„22 Stunden arbeiten? Da bin ich Dienstag Mittag fertig.“ Natürlich sagte er das mit einem Blick auf die Wahlen im Okto-Bär, aber für die Lehrer und Gewerkschafter war er damit trotzdem ein Launeverder-Bär.

Das war dem Machthinä-Bär, der sich selber schon lange als Im-Bär-ator sah, natürlich herzlich blunzn, weil der Zeitungshe-rausge-Bär und sein Schrei-Bär endlich wieder eine Schlagzeile hatten. Der russische Kriegstreiber-Bär ist mittlerweile nämlich auch schon fad geworden.

So hatte man wieder etwas, worü-Bär sich der Pöbel mokieren konnte. Nämlich über den Lehrer mit seinem Gela-Bär, der eh hauptsächlich eines ist- Urlaub-Bär.

So dachte sich Justin: „Lehrer ist doch kein Job für mich. Ich werde ganz einfach Hub-schrau-Bär. Da hab ich wenigstens Aufstiegschancen.

Oder ich gründe eine Band mit dem schlechtesten Gitarrenspieler der Stadt-Ulli Bär.“

Tja, und was will uns diese Geschichte sagen?

Zuviel Baby-TV schauen, macht das Hirn gaga...!

Markus Hauptmann



PS.: Im Herbst bin ich ja in Karenz, aber doch auch auf der Bühne zu sehen. Gemeinsam mit dem HAK- Professor und Kabarettisten Andreas Ferner feiere ich im September im ORPHEUM Premiere mit dem Programm „Teamteaching“.

Und „Ich weiß, was du letztes Schuljahr getan hast“ geht ebenso in die zweite Runde.



Infos und Termine hierzu gibts wie immer auf www.markushauptmann.com

Schöne Ferien wünscht euer Markus, der Ka-Bär-ettist

Ein neuer Lebensabschnitt

Für mich beginnt mit Herbst 2015 ein neuer Lebensabschnitt.

Ein Rückblick auf fast 40 Jahre als Lehrerin, Personalvertreterin und Gewerkschafterin zeigt ein facettenreiches Berufsleben.

Viele Jahre als Klassenlehrerin in einer ASO – Klasse waren ereignisreich, mit freudigen, aber auch mit traurigen Erlebnissen, anstrengend, mit viel Feedback unmittelbar von den Kindern und (lange Zeit!) mit viel pädagogischer Freiheit, weil Vertrauen in meine Arbeit gesetzt wurde.

Dann Beginn der Arbeit im Dienststellenausschuss des 17. IBs. Mit dieser Tätigkeit begann meine Zeit als Personalvertreterin und endet nun auch damit. Doch viele Themen, wie zum Beispiel die pflegerischen und/oder medizinischen Tätigkeiten von

Lehrer/innen sind nach wie vor ein Dauerbrenner in der PV-Arbeit. In über 20 Jahren hat man dafür noch immer keine Lösung gefunden!

Danach war ich viele Jahre im Zentralausschuss tätig - auch hier gab es viele Bereiche, die dringend ein Überdenken der Arbeitsbedingungen, eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation vonnöten hätten und bis dato aus Spargründen nicht gelöst sind.

In vielen Belangen führte ich immer wieder einen Kampf gegen Windmühlen oder, wie sich heute bei manchen Themenbereichen zeigt, war ich oft als „Kassandra“ agierend.

Aber eines habe ich bei ungezählten Schulbesuchen gesehen: Lehrer/innen, die mit 150% Einsatz versuchen, die Defizite im Sozialen und

Emotionalen auszugleichen, die versuchen, erschwerte Arbeitsbedingungen zu kompensieren, die versuchen, ihrem sozialen Gewissen trotz aller Widrigkeiten gerecht zu werden.

Gab es für dieses Engagement der Lehrer/innen jemals genügend Wertschätzung?

Ich wünsche mir für die Zukunft, dass nicht nur in „Sonntagsreden“ die Bildung unserer Kinder als wichtigstes Kapital gesehen wird, sondern dass auch Finanzminister daran denken und jeglicher „Sparwahn“ von Schule und Lehrer/innen ferngehalten wird.

Für die Personalvertreter/innen und Gewerkschafter/innen bleibt weiterhin sehr viel zu tun!



Andrea Masek

Ich wünsche allen jenen, die Mut, Kraft und Engagement haben und vor allem bereit sind, viel Zeit einzubringen, um für Kollegen, Kolleginnen da zu sein, für die Zukunft alles Gute und viele Erfolge im Sinne unserer Kinder, im Sinne einer pädagogischen Neuorientierung - und damit einer guten Zukunft für Schule und Lehrer/innen.

Andrea Masek,

Dienstrechtsreferentin und DA 17. IB

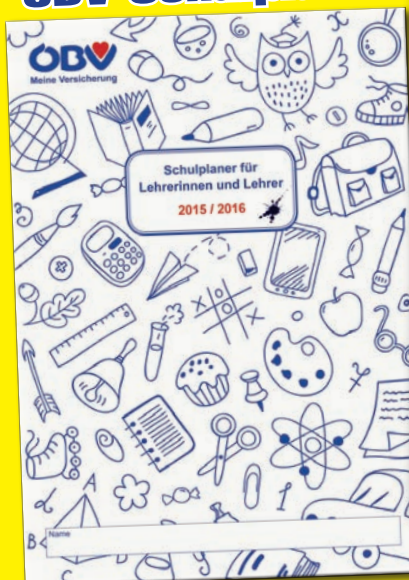
Mit der FSG durchs Schuljahr

Die FSG-Teams der Bezirke bringen

den schönsten Taschenkalender für Wiens Lehrerinnen und Lehrer,

den besten Klassenkalender

und den
ÖBV Schulplaner



Ihre Personalvertreterin und Ihr Gewerkschafter für Wien
Karin Medits-Steiner
0650/23 25 161
karin.medits@apsfsg.at



MMag. Dr. Thomas BULANT
0699/19 41 39 99
thomas.bulant@apsfsg.at



...bis Mitte Juni
an die Schulen.

Wenn Sie ein Exemplar nicht erhalten haben, senden Sie bitte ein Mail an daniela.eyns@apsfsg.at!
Wir senden es Ihnen zu, solange der Vorrat reicht.